

# Schulfahrstuhl soll nicht nur Anton helfen

## Eltern starten Aktion

VON BARBEL HILBIG

Eltern der Grundschule Am Lindener Markt fordern, dass ihre Schule auch für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer zugänglich gemacht wird. Das denkmalgeschützte Gebäude ist erst vor drei Jahren saniert worden, zum Ärger von Eltern und Lehrern allerdings nicht behindertengerecht. Das Thema hat jetzt besondere Brisanz gewonnen: Direkt gegenüber wohnt der fünfjährige Anton Jürgens, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist und nächstes Jahr in die Schule kommt. Und seit die Bundesrepublik 2009 die UN-Konvention zum Recht Behinderter auf Besuch von Regelschulen ratifiziert hat, sind die Erwartungen von Familien mit betroffenen Kindern deutlich gestiegen. Mit einer Unterschriftensammlung setzen Elternvertreter der schon seit Langem integrativ arbeitenden Grundschule sich nun für Barrierefreiheit ein.

Barbara Wevering vom Förderverein der Grundschule betont, dass es den engagierten Eltern keineswegs um eine teure Lösung für ein einzelnes Kind geht. „Es ist nicht nur für Anton.“ Bis vor Kurzem arbeitete eine Lehrerin an der Grundschule, die mit ihrer Gehhilfe nur mit großer Mühe an ihren Arbeitsplatz gelangen konnte. Beim Förderverein hat sich außerdem eine Mutter gemeldet, die im Umfeld der Schule wohnt und Rollstuhlfahrerin ist. Ihr Kind soll wie Anton 2012 eingeschult werden. „Diese Mutter könnte in unserer Schule noch nicht einmal das Sekretariat erreichen“, sagt Barbara Wevering. Und jetzt, kurz vor der Kommunalwahl, rückt auch ins Bewusstsein, dass die Grundschule als Wahllokal nur sehr eingeschränkt nutzbar ist, weil das Erdgeschoss im Hochparterre liegt.

Die Stadt verweist darauf, dass integrativer Unterricht mit behinderten und nicht behinderten Kindern in der Regel kein barrierefreies Gebäude erfordert. Die Grundschule Am Lindener Markt sei eine der ersten Grundschulen mit Integrationsklassen gewesen, dies sei aber kein offizieller Schwerpunkt. Tatsächlich hat die Schule bisher vor allem geistig oder lernbehinderte Kinder aufgenommen.

Bei der 2005 beschlossenen Sanierung war der Einbau eines Aufzugs diskutiert worden. Die Stadt beruft sich jetzt darauf, dass das Kultusministerium den Kommunen als Schulträger nicht zumuten wolle, jede Schule für Kinder mit jeglicher Art von Behinderung herzurichten. Nach einer Grobschätzung der Stadt schließe der Einbau eines Fahrstuhls mit rund 280 000 Euro zu Buche. Eine detaillierte Berechnung der tatsächlichen Kosten war damals aber gar nicht erst in Auftrag gegeben worden.